

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 13 | 31.03.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 28/2023](#)

Bundesgesetz über einen **befristeten Kostenersatz des Bundes** an die Länder für finanzielle Aufwendungen als Teuerungsausgleich im Rahmen der Grundversorgung (Teuerungsausgleich für Quartiergeber von Schutzsuchenden)

[BGBl II 74/2023](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (**Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung** 2013 – 2. Novelle 2023, GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2023)

[BGBl II 75/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die **Erstellung von Indizes der Preisentwicklung von Importen** geändert wird

[BGBl II 76/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien über die Höchstbeträge pro Schüler/in und Schulform für die unentgeltliche Abgabe von Schulbüchern im Schuljahr 2023/24 (**Limit-Verordnung** 2023/24)

[BGBl II 78/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Änderung des Kostenersatzes** gemäß § 40b Abs 7 KraftfahrG 1967

[BGBl III 53/2023](#)

Inkrafttreten des **Übereinkommens** über ein **Einheitliches Patentgericht**

[BGBl III 54/2023 \(Anlage I\)](#)

Abkommen zwischen der **Österreichischen Bundesregierung** und dem **Internationalen Impfstoffinstitut** über die **Rechtsstellung** des **Internationalen Impfstoffinstituts** in Österreich

[BGBl III 55/2023](#)

Änderungen der Ausführungsordnung und des Gebührenverzeichnisses zum Protokoll zum **Madri­der Abkommen** über die **internationale Registrierung von Marken**

[BGBl III 56/2023 \(Anlage I\)](#)

Abkommen zwischen der **Österreichischen Bundesregierung** und dem **OPEC-Fonds für internationale Entwicklung** über die Abänderung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem OPEC-Fonds für internationale Entwicklung vom 13. April 1983 in der Fassung der Änderungen vom 18. April 1984 und 4. und 11. März 1998 betreffend die Umschreibung des **Amtssitzes** des Fonds

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 88 v 24.03.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2023 zur Festlegung von **Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen** für die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.02.2021, [WI 14/2020](#)

Wr GemeindewahlO; **Abweisung einer Anfechtung der Wr Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl** für den 20. Bezirk durch die Partei „ARTIKEL EINS“; Registrierung von Unterstützungserklärungen und Einbringung von Wahlvorschlägen vom Umfang des Wahlverfahrens vor dem VfGH erfasst; keine Unsachlichkeit der Verpflichtung neu kandidierender Parteien zur **Vorlage von Unterstützungserklärungen** sowie der Möglichkeit der Unterstützung durch fünf Nationalratsabgeordnete; keine Bedenken gegen die Verpflichtung zur Leistung einer Unterschrift vor dem Magistrat bzw der gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung von Unterstützungserklärungen; keine unsachliche Verkürzung der Frist zur Vorlage der Unterstützungserklärungen auf Grund der COVID-19-Situation; Berechtigung zur Abgabe von Unterstützungserklärungen stellt auf die Eintragung in der – von der Gemeinde zu führenden – ständigen Evidenz der Wahlberechtigten ab; keine Bedenken gegen die Kundmachung in Hausfluren betreffend die Angaben über die dort Wahlberechtigten

25.02.2021, [WI 12/2020](#)

Stmk GemeindewahlO; keine Stattgabe der **Anfechtung der Gemeinderatswahl** der Marktgemeinde St. Peter am Ottersbach; kein Einfluss auf das Wahlergebnis durch **unrichtige Beurkundung des Beginns und Endes der Wahlhandlung** sowie Zusammenrechnung und Überprüfung von Sprengelwahlergebnissen in Anwesenheit nicht aller Mitglieder der Gemeindewahlbehörde; keine Feststellung „identer Schriftzüge“ auf den Vorzugsstimmen und keine Verschiebung der Mandate selbst bei Wegfall dieser Vorzugsstimmen; keine Darlegung und Begründung des Vorbringens in der Anfechtungsschrift hinsichtlich ungültig beantragter und nicht in die Auszählung einbezogener Wahlkarten; keine Zulässigkeit des Vorbringens betreffend die Zählung von Vorzugsstimmen mangels Erschöpfung der zur Verfügung stehenden Rechtsmittel

09.06.2021, [WI 13/2020 ua](#)

Wr GemeindewahlO; keine Stattgabe der **Wahlanfechtungen** der „Unbestechlichen Partei Österreichs“ betreffend die Nichtveröffentlichung der Wahlvorschläge für die Bezirksvertretungswahl sowie die Gemeinderatswahl von Simmering mangels **Beibringung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften**; keine unzulässige Zutrittsbeschränkung oder sonstige unrechtmäßige Behinderung an der Abgabe von Unterstützungserklärungen auf Grund der COVID-19 Pandemie; keine Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Kundmachung der Wahlausschreibung; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch den Ausschluss von Unionsbürgern von der Gemeinderatswahl; keine Bedenken gegen Informationen zur Gemeinderats- und Be-

zirksvertretungswahl auf der Website der Stadt Wien in deutscher und kroatischer Sprache; „Unbestechlichen Partei Österreichs“ keine Nachfolgepartei der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ mangels personeller Identität; keine Bedenken gegen die rechtmäßige Zusammensetzung der Bezirksverwaltungsbehörde

17.06.2021, [A 5/2020](#)

Knt Kinder- und JugendhilfeG; Abweisung einer Klage der Landeshauptstadt Klagenfurt gegen das Land Kärnten betreffend die **Tragung der Kosten für den Einsatz von Sozialpädagogen** in Time-out-Gruppen von Schulen; Arbeit der Sozialpädagogen dient der Unterstützung des Unterrichts von Kindern sowie der Erfüllung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe und ist von der Kostentragungsregelung des Knt Kinder- und JugendhilfeG erfasst

23.06.2021, [KI 14/2020](#)

Knt MindestsicherungsG; Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Entscheidung über die **Kostenübernahme für die Unterbringung in einer Einrichtung** nach dem Knt MindestsicherungsG; kein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf eine – im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes gewährte – Unterbringung; Zuständigkeit des Lands als Träger von Privat-rechten und nicht der Bezirksverwaltungsbehörde zur Entscheidung über eine Unterbringung als nichtbehördliche Aufgabe

28.02.2023, [E 430/2022](#)

Tir BauO; Verletzung im **Recht auf Entscheidung innerhalb angemessener Frist** durch 14-jährige Gesamtdauer des Verfahrens zur Baubewilligungsänderung

28.02.2023, [E 2830/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch 7-monatige Zeitspanne zwischen Verkündung und schriftlicher Ausfertigung der Entscheidung; Verwehrung eines effektiven Rechtsschutzes durch lange Zeitspanne und der Notwendigkeit einer zeitnahen schriftlichen Ausfertigung in Verfahren hinsichtlich **Schubhaftbeschwerden**

01.03.2023, [G 146/2022 ua](#)

BilanzbuchhaltungsG; kein Widerspruch der von § 13 VwGVG abweichenden Regelung des § 53 Abs 3 letzter Satz BilanzbuchhaltungsG zu Art 136 Abs 2 B-VG; Vorliegen triftiger sachlicher Gründe zur **Rechtfertigung der Einschränkung der Effizienz des Rechtsbehelfs** gegen einen Suspendierungsbescheid; angesichts des dargestellten Zwecks und Wesens einer Suspendierung als sofortige und vorübergehende Sicherungsmaßnahme ist der normierte **Ausschluss der aufschiebenden Wirkung** gegen einen Suspendierungsbescheid bei der vorliegenden Interessenlage auch „unerlässlich“ iSd Rsp des VfGH zu Art 136 Abs 2 leg cit

06.03.2023, [G 296/2022-7](#)

ArbeitslosenversicherungsG; Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des ArbeitslosenversicherungsG betreffend den **Ausschluss mehrfach geringfügig Beschäftigter** – deren Einkommen die Geringfügigkeitsgrenze überschreitet – von der Arbeitslosenversicherungspflicht; Unsachlichkeit des Ausschlusses von der Gruppe abhängig Beschäftigter wegen gleicher Schutzbedürftigkeit bei Wegfall des Erwerbseinkommens

06.03.2023, [G237/2022-20 ua](#)

ÄrzteG; Aufhebung einer Bestimmung des ÄrzteG betreffend die **Zusammensetzung der Disziplinarkommission** auf Grund der Bestellung des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter (auf Vorschlag des Vorstands der Österreichischen Ärztekammer) durch den Bundesminister; Zulässigkeit der Vollziehung des ärztlichen Disziplinarrechts durch berufsständige Organe im eigenen Wirkungsbereich der Österreichischen Ärztekammer; hinreichende Bestimmtheit der Regelungen über Disziplinarkommission, Disziplinarrat und Disziplinaranwalt sowie des Verfahrens vor dem Disziplinartrat

07.03.2023, [G 282/2022 ua](#)

Wr Verwaltungsgericht- DienstrechtsG; keine Verfassungswidrigkeit näher bezeichneter Wortfolgen des Wr Verwaltungsgericht-DienstrechtsG betreffend die **Zuständigkeit des Personalausschusses für Dienstbeurteilungen der Richter** des Verwaltungsgerichts; keine Bedenken gegen die Betrauung der Vollversammlung oder deren für die Erstattung von Ernennungsvorschlägen zuständigen Ausschuss mit Justizverwaltungssachen durch den einfachen Gesetzgeber auf Grund des sachlichen

Zusammenhangs der Dienstbeurteilung des Personalausschusses mit der dem Ausschuss verfassungsgesetzlich zugewiesenen Aufgabe, Dreiervorschläge für die Ernennung von Mitgliedern zu erstatten; Zulässigkeit der Betrauung des Personalausschusses als Kollegialorgan – der ein Surrogat zur Vollversammlung bildet – mit Dienstbeurteilungen iSd Art 135 Abs 2 zu B VG

09.03.2023, [V 1/2023-10](#) (Anlassfall [E3866/2021](#))

Tir GemeindeO; Aufhebung eines Bebauungsplan und eines ergänzenden Bebauungsplans einer Tir Gemeinde aufgrund **rechtswidrigen Ausschlusses der Öffentlichkeit**; § 36 Abs 3 zweiter Satz Tir GemeindeO bietet keine Grundlage für einen weitergehenden, nicht durch eine verkehrsbeschränkende Maßnahme begründeten Ausschluss der Öffentlichkeit aus Anlass des Auftretens einer nach dem EpidemieG anzeigepflichtigen Krankheit

09.03.2023, [G 223/2022-26](#)

Kindschafts-ÄnderungsG; Verstoß einer Bestimmung des ABGB betreffend die **Rangfolge der Obsorge bei Verhinderung der Eltern** gegen das BVG über die Rechte von Kindern; Kreis der mit der Obsorge bevorzugt zu betrauenden Personen (anderer Elternteil, Groß- oder Pflegeeltern) zu eng; Notwendigkeit der Erweiterung des privilegierten Personenkreises auch auf Geschwister, Tanten, Onkel, Urgroßeltern sowie andere geeignete Angehörige der (sozialen) Familie

09.03.2023, [E 3866/2021](#)

Tir GemeindeO; Anlassfall zu VfGH 09.03.2023, [V 1/2023-10](#)

09.03.2023, [E 2097/2021](#)

DatenschutzG; keine Verletzung im **Recht auf Geheimhaltung durch den automatisierten Informationsaustausch** von Steuerdaten; Abweisung der Datenschutzbeschwerde betreffend die Übermittlung personenbezogener Daten durch den Finanzminister im Rahmen des wechselseitigen Austausches von Steuerinformationen; Bestimmungen zur Verhinderung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung verhältnismäßig sowie zur Erreichung einer gleichmäßigen Besteuerung geeignet

09.03.2023, [E 3309/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch 11-monatige Zeitspanne zwischen mündlicher Verkündung und schriftlicher Ausfertigung; Widerspruch zur Pflicht zu einer möglichst **zeitnahen schriftlichen Ausfertigung**

14.03.2023, [E 2363/2022](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Versagung der Änderung des Familiennamens: Verkennung von § 3 Abs 1 Z 2 dritter Tatbestand NamensänderungsG; unterlassene Prüfung, ob für den vom Gesetz geforderten Inlandsbezug auch die **langjährige Verwendung und Verbreitung des an sich gebräuchlichen Namens** durch den Bf selbst ausreicht

14.03.2023, [E 1838/2022](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** betreffend die Zusicherung der österreichischen Staatsbürgerschaft; unterlassene Auseinandersetzung mit der Frage, ob die vorgebrachten Umstände des Privat- und Familienlebens der Bf eine **Unzumutbarkeit ihres Ausscheidens aus dem bisherigen Staatsverband** begründen

14.03.2023, [E 3480/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf Verleihung der Staatsbürgerschaft; Ansicht, dass eine von § 5 Abs 3 StaatsbürgerschaftsG geforderte **Identitätsfeststellung** nur dann vorliege, wenn ein Identitätsnachweis im Zusammenhang mit Identitätsdokumenten erbracht werden könne, die außerhalb der im Zuge des Asylverfahrens festgestellten „Verfahrensidentität“ der Bf liege, widerspricht dem Gleichbehandlungsgebot von Fremden untereinander

15.03.2023, [G 270/2022 ua](#) (Anlassfälle [E 3778/2021](#), [E 4447/2021](#), [E 888-890/2022](#))

Sozialhilfe-GrundsatzG; Wr MindestsicherungsG; gleichheitswidrige Festlegung auf **Sachleistungen**; Möglichkeit des Vorliegens sachlicher Gründe für die Abdeckung von Zusatzleistungen durch Geld; Verstoß des Wr MindestsicherungsG gegen die festgelegten Höchstsätze im Sozialhilfe-GrundsatzG

15.03.2023, [E 2944/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander**; unterlassene Prüfung, ob der Bf in Bulgarien Zugang zu einem ordnungsgemäßen Asylverfahren hat, ohne dem Risiko einer Kettenabschiebung in ein Land ausgesetzt zu sein, in dem ihm die Verletzung seiner gemäß Art 3 EMRK und Art 4 GRC gewährleisteten Rechte drohen könnte

15.03.2023, [E 2880/2022](#)

BankwesenG; Verletzung im **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch die Zurückweisung von Beschwerden einer betrieblichen Vorsorgekasse mangels **Rechtsschutzinteresses**; kein hinreichend effektiver Rechtsschutz durch die Zurückweisung der Beschwerden gegen die Abberufung der Geschäftsleiter durch die Finanzmarktaufsicht angesichts der Rechtswirkungen der Abberufung in zukünftigen Aufsichtsverfahren sowie der (existenzbedrohenden) wirtschaftlichen und rechtlichen Konsequenzen im Falle eines Konzessionsentzugs

15.03.2023, [E 1989/2022](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes**

15.03.2023, [E 1798/2022](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes**

15.03.2023, [E 451/2023](#)

AsylG; Verletzung auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Nichtzuerkennung des Status des **Asylberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen Kameruns infolge Entscheidung durch eine **Richterin weiblichen Geschlechts** trotz Vorliegen der Voraussetzungen des § 20 Abs 2 AsylG

15.03.2023, [E 265/2023](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes**

15.03.2023, [E 131/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausspruch der **Zulässigkeit der Abschiebung** in den Herkunftsstaat betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit Länderinformationen und des besonderen Risikoprofils des Bf

15.03.2023, [E 2268/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status des **Asylberechtigten**; mangelhafte Auseinandersetzung mit der individuellen Situation des Bf als im wehrdienstfähigen Alter befindlichen männlichen syrischen Staatsangehörigen

15.03.2023, [E 1692/2022](#)

AsylG; Verletzung in Rechten wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes**

15.03.2023, [E 824/2021](#)

AsylG; Anlassfall zu VfGH 09.03.2023, [V260/2022-12](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

24.01.2023, [Ra 2021/10/0123](#)

SchulpflichtG; gem § 13 Abs 2 SchulpflichtG können **schulpflichtige Kinder**, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, die allgemeine Schulpflicht ohne Bewilligung durch den Besuch von im Ausland gelegenen Schulen erfüllen; das SchulpflichtG definiert „Schule“ nicht; es kann aber auf die Schuldefinition des Privatschulgesetzes zurückgegriffen werden; nach dem PrivatschulG sind Schulen im Wesentlichen Einrichtungen, in denen eine Mehrzahl von Schülern gemeinsam nach einem festen Lehrplan unterrichtet wird; eine Schule in diesem Sinne ist jedenfalls dann gegeben, wenn diese in Form einer Anstalt, also mit einem Schulgebäude, einem Organisationsplan sowie Lehrpersonal, organisiert ist; der Besuch einer Schule im Ausland im **Fernstudium** („Homeschooling“) stellt daher keinen Besuch einer Schule im Sinne des § 13 Abs 2 SchulpflichtG dar

30.03.2023, [Ro 2020/05/0010](#)

Oö ROG; die Tatsache, dass das in § 30 Abs 5 Oö ROG enthaltene Verbot der Eröffnung einer **eigenen Einlagezahl** im Revisionsfall nicht zur Anwendung gelangt, führt nicht zum Umkehrschluss, dass die **Abschreibung** des gegenständlichen Grundstücks, auf welchem sich das ehemalige Forsthaus befindet, jedenfalls zulässig ist; Abschreibung des betreffenden Grundstückes käme nur dann in Betracht, wenn die unbestritten über § 30 Abs 5 leg cit hinausgehende Verwendung des ehemaligen Forsthauses raumordnungsrechtlich zulässig ist, was die Erfüllung der in § 30 Abs 6 leg cit enthaltenen Voraussetzungen erfordert

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Nö 08.03.2023, [LVwG-AV-1100/001-2022](#)

Nö Kinder- und JugendhilfeG; § 64 Nö Kinder- und JugendhilfeG regelt nicht die Zuständigkeit der Nö Landesregierung zur **Verpflichtung der Rückerstattung von zu Unrecht bezogenem Pflegegeld**; es ist somit nicht als rechtswidrig anzusehen, wenn die Bezirksverwaltungsbehörde den contrarius actus zu § 64 Abs 1 leg cit (Bescheid über die Verpflichtung zur Rückzahlung von zu Unrecht bezogenem Pflegegeld) setzt

LVwG Wien 06.02.2023, [VGW-031/077/4478/2022](#)

StVO; die nachfolgende Unmöglichkeit, die **angeordnete amtsärztliche Untersuchung** durchzuführen, steht mit dem vorangegangenen Verhalten des Bf insoweit in einem Zusammenhang, als das vorausgegangene Verhalten für die **Unmöglichkeit der Untersuchung** ursächlich ist und eine als möglich absehbare Folge darstellt; die Folge der Unmöglichkeit der Untersuchung steht mit dem vorangegangenen Verhalten des Bf auf der Schuldseite im Zusammenhang von Fahrlässigkeit

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[23.03.2023, Rs C-640/20 P, PV/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – **Mobbing** – Ärztliche Gutachten – Mehrmaliges unbefugtes Fernbleiben vom Dienst – Dienstbezüge – **Statut der Beamten** der Europäischen Union – Art 11a – Interessenkonflikt – Art 21a – **Offensichtlich rechtswidrige Anordnung** – Art 23 – Beachtung der Gesetze und polizeilichen Vorschriften – Disziplinarverfahren – Entfernung aus dem Dienst – Rücknahme der Entfernung aus dem Dienst – Erneutes Disziplinarverfahren – Erneute Entfernung aus dem Dienst

[23.03.2023, Rs C-365/21, Generalstaatsanwaltschaft Bamberg \(Exception au principe ne bis in idem\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von **Schengen** – Art 54 – Grundsatz ne bis in idem – Art 55 Abs 1 Buchst b – Ausnahme von der Anwendung des Grundsatzes **ne bis in idem** – Gegen die Sicherheit des Mitgliedstaats oder andere seiner gleichermaßen wesentliche Interessen gerichtete Straftat – Art 50 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Grundsatz ne bis in idem – Art 52 Abs 1 – **Einschränkungen des Grundsatzes** ne bis in idem – Vereinbarkeit von nationalen Erklärungen, die eine Ausnahme vom Grundsatz ne bis in idem vorsehen – Kriminelle Vereinigung – Vermögensdelikte

[23.03.2023, Rs C-412/21, Dual Prod](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbrauchssteuern** – Richtlinie 2008/118/EG – Art 16 Abs 1 – Zulassung zum Betrieb eines Steuerlagers für verbrauchsteuerpflichtige Waren – Aufeinanderfolgende Aussetzungsmaßnahmen – **Strafrechtlicher Charakter** – Art 48 und 50 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Grundsatz der Unschuldsvermutung** – Grundsatz ne bis in idem – Verhältnismäßigkeit

[23.03.2023, verb Rs C-514/21 und C-515/21, Minister for Justice and Equality \(Levée du sursis\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten** – Vollstreckungsvoraussetzungen – Gründe, aus denen die Vollstreckung abgelehnt werden kann – Art 4a Abs 1 – Haftbefehl zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe – Wendung ‚Verhandlung ... , die zu der Entscheidung geführt hat‘ – Bedeutung – Erste Verurteilung auf Bewährung – Zweite Verurteilung – Abwesenheit des Betroffenen in der Verhandlung – **Widerruf der Bewährung** – Verteidigungsrechte – Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Art 6 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 und 48 – Verstoß – Folgen

[23.03.2023, Rs C-574/21, 02 Czech Republic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EWG – Art 17 Abs 2 Buchst a – **Beendigung des Handelsvertretervertrags** – Anspruch des Handelsvertreters auf einen Ausgleich – Voraussetzungen für die Gewährung – Der Billigkeit entsprechender Ausgleich – Beurteilung – Begriff ‚[die] dem Handelsvertreter entgehenden Provisionen‘ – Provisionen aus künftigen Geschäften – Vom Handelsvertreter geworbene neue Kunden – Vorhandene Kunden, mit denen der Handelsvertreter die Geschäftsverbindungen wesentlich erweitert hat – **Einmalprovisionen**

[23.03.2023, Rs C-653/21 Syndicat Uniclîma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Binnenmarkt** – Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften über Maschinen, spannungsführende elektrische Betriebsmittel und Druckgeräte – Richtlinie 2006/42/EG – Richtlinie 2014/35/EU – Richtlinie 2014/68/EU – ‚CE-Kennzeichnung‘ – Nationale Regelung, mit der zusätzliche, über die **wesentlichen Sicherheitsanforderungen**, die in diesen **Richtlinien** vorgesehen sind, hinausgehende Anforderungen vorgeschrieben werden – Voraussetzungen – Nationale Regelung zum Schutz vor Brandgefahren und drohenden Panikreaktionen in Einrichtungen mit Publikumsverkehr

[23.03.2023, Rs C-662/21, Booky.fi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 34 und 36 AEUV – Freier Warenverkehr – **Maßnahme mit gleicher Wirkung wie eine mengenmäßige Beschränkung** – Aufzeichnungen audiovisueller Programme – Online-Verkauf – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine Alterseinstufung und eine Kennzeichnung der Programme vorschreibt – **Minderjährigenschutz** – Aufzeichnungen, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat eingestuft und gekennzeichnet wurden – **Verhältnismäßigkeit**

[30.03.2023, Rs C-34/21, Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 88 Abs 1 und 2 – Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext – **Regionales Schulsystem** – Unterricht per Videokonferenz wegen der Covid-19-Pandemie – Durchführung **ohne ausdrückliche Einwilligung** der Lehrkräfte

[30.03.2023, Rs C-338/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Délai de transfert – Traite des êtres humains\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die **Prüfung** eines **Antrags auf internationalen Schutz** zuständig ist – Art 27 – **Rechtsbehelf** gegen eine gegenüber einem **Asylbewerber** er-

gangene **Überstellungsentscheidung** – Art 29 – Aussetzung der Durchführung der Überstellungsentscheidung – Überstellungsfrist – Unterbrechung der Frist für die Durchführung der Überstellung – Richtlinie 2004/81/EG – Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren – Art 6 – Bedenkzeit – Verbot, eine Rückführungsentscheidung zu vollstrecken – Rechtsbehelfe

[30.03.2023, Rs C-556/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Suspension du délai de transfert en appel\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr. 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die **Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz** zuständig ist – Art 27 – Rechtsbehelf gegen eine gegenüber einem Asylbewerber ergangene Überstellungsentscheidung – Art 29 – **Überstellungsfrist** – Aussetzung dieser Frist im Berufungsverfahren – Von der Verwaltung beantragte einstweilige Anordnung

[30.03.2023, Rs C-612/21, Gmina O](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst a und c – Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen gegen Entgelt – Art 9 Abs 1 – Begriffe ‚**Steuerpflichtiger**‘ und ‚**wirtschaftliche Tätigkeit**‘ – Gemeinde, die den Ausbau erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet für diejenigen ihrer Einwohner organisiert, die Eigentümer einer Liegenschaft sind und den Wunsch geäußert haben, mit Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgestattet zu werden – **Eigenbeteiligung der Eigentümer** in Höhe von 25 % der förderfähigen Kosten, die eine zwischen der Gemeinde und dem betreffenden Eigentümer vereinbarte Obergrenze nicht überschreiten darf – Erstattung von 75 % der förderfähigen Kosten an die Gemeinde durch einen Zuschuss der zuständigen Woiwodschaft – Art 13 Abs 1 – Keine Steuerpflichtigkeit der Gemeinden für Tätigkeiten oder Umsätze, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen

[30.03.2023, Rs C-616/21, Gmina L](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Dienstleistung gegen Entgelt – Art 9 Abs 1 – Begriffe ‚**Steuerpflichtiger**‘ und ‚**wirtschaftliche Tätigkeit**‘ – Gemeinde, die unentgeltlich eine Asbestbeseitigung für diejenigen ihrer Einwohner organisiert, die Eigentümer einer Immobilie sind und den entsprechenden Wunsch geäußert haben – Erstattung von 40 % bis 100 % der Kosten an die **Gemeinde** durch einen **Zuschuss** der zuständigen Woiwodschaft – Art 13 Abs 1 – Keine Steuerpflichtigkeit der Gemeinden für Tätigkeiten oder Umsätze, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen

[30.03.2023, Rs C-618/21, AR ua \(Action directe contre l'assureur\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 2009/103/EG – Art 3 – **Kfz-Haftpflichtversicherungspflicht** – Art 18 – **Direktanspruch** – Umfang – Bestimmung des **Entschädigungsbetrags** – Hypothetische Kosten – Möglichkeit, die Zahlung der Entschädigung von bestimmten Voraussetzungen abhängig zu machen – Verkauf des Fahrzeugs

[30.03.2023, Rs C-651/21, M Ya M \(Renonciation à la succession d'un cohéritier\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Erbrechtliche Maßnahmen – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Art 13 – Erklärung der Ausschlagung einer **Erbschaft** durch einen Erben vor dem Gericht des Mitgliedstaats seines gewöhnlichen Aufenthalts – **Spätere Eintragung** dieser Erklärung im Register eines anderen Mitgliedstaats auf Antrag eines anderen Erben

[30.03.2023, Rs C-5/22, Green Network \(Injonction de remboursement de frais\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/72/EG – Art 37 – Anhang I – Aufgaben und Befugnisse der **nationalen Regulierungsbehörde** – Verbraucherschutz – Verwaltungskosten – **Befugnis** der nationalen Regulierungsbehörde, die Rückzahlung von Beträgen anzuordnen, die Endkunden aufgrund von Vertragsklauseln gezahlt haben, wegen deren die Behörde eine Sanktion verhängt hat

[30.03.2023, Rs C-269/22, IP ua \(Établissement de la matérialité des faits au principal - II\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Art 47 Abs 2 und Art 48 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Recht auf ein unparteiisches Gericht** – Recht auf die **Unschuldsvermutung** – Darstellung des Sachverhalts in einem

Vorabentscheidungsersuchen in Strafsachen – Feststellung eines bestimmten Sachverhalts, um dem Gerichtshof ein zulässiges Vorabentscheidungsersuchen vorlegen zu können – Einhaltung der im nationalen Recht für Urteile in der Sache vorgesehenen **Verfahrensgarantien**

[30.03.2023, Rs C-343/22, PT \(Injonction de payer de droit suisse\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Lugano-II-Übereinkommen** – Verfahren über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen – Art 34 Nr 2 – Verfahrenseinleitendes Schriftstück im Ursprungsstaat – **Ornungsgemäße Zustellung** eines **Zahlungsbefehls**, gefolgt von der nicht ordnungsgemäßen Zustellung der Klageschrift einer Forderungsklage nach schweizerischem Recht

B. SCHLUSSANTRÄGE

[23.03.2023, Rs C-726/21, INTER CONSULTING \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen – **Grundsatz ne bis in idem** – Vom nationalen Gericht zur Prüfung der Anwendbarkeit des Grundsatzes ne bis in idem heranzuziehende Teile der **Verfahrensschriftstücke** – Verfügender Teil – Begründung – Straftaten, hinsichtlich deren das Strafverfahren eingestellt worden ist

[23.03.2023, verb Rs C-829/21 und C-129/22, Stadt Frankfurt am Main \(Renouvellement d'un permis de séjour dans le deuxième État membre\) \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung** – Asylpolitik – Richtlinie 2003/109/EG – Rechtsstellung der **langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen** – Art 9 Abs 4 – Entzug oder Verlust der Rechtsstellung – Art 14 – Langfristig Aufenthaltsberechtigter, der das Recht erwirbt, sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats als desjenigen aufzuhalten, der ihm die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten zuerkannt hat – Verlängerung des Aufenthaltstitels in diesem Mitgliedstaat – Voraussetzungen

[23.03.2023, Rs C-832/21, Beverage City Polska \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Besondere Zuständigkeiten – Art 8 Nr 1 – Mehrere Beklagte – Unionsmarke – Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 122 und 125 – Internationale Zuständigkeit für Verletzung und Rechtsgültigkeit – Klage wegen **Verletzung einer Unionsmarke** gegen mehrere Beklagte mit Wohnsitz in verschiedenen Mitgliedstaaten – Zuständigkeit des Gerichts am Wohnsitz des Geschäftsführers einer beklagten Gesellschaft – **Zuständigkeit des angerufenen Gerichts** hinsichtlich des in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem das Gericht seinen Sitz hat, ansässigen Mitbeklagten – Klagen, die durch eine so enge Beziehung miteinander verbunden sind, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint – Begriff ‚so enge Beziehung‘ – Beziehung zwischen dem Lieferanten und seinem Kunden

[23.03.2023, Rs C-11/22, Est Wind Power \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Beihilfen für erneuerbare Energien** – Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 – Rn 19 Abs 44 und Rn 126 Fn 66 – **Errichtung eines Windparks** – Begriff ‚staatliche Genehmigung für die Durchführung eines Investitionsvorhabens‘ – Begriff ‚Beginn der Arbeiten‘

[23.03.2023, Rs C-83/22, Tuk Tuk Travel \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Richtlinie (EU) 2015/2302 – **Pauschalreisen** und verbundene Reiseleistungen – Art 5 Abs 1 – Verpflichtung betreffend **vorvertragliche Informationen** – Anhang I Teile A und B – Standardinformationsblatt – Art 12 Abs 2 – **Rücktritt von einem Pauschalreisevertrag** – Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände, die die Durchführung der Pauschalreise erheblich beeinträchtigen – **Covid-19** – Recht auf volle Erstattung aller für die Pauschalreise getätigten Zahlungen – Antrag des Reisenden auf teilweise Erstattung – Nationales Gericht – Von Amts wegen erfolgende Prüfung durch das vorlegende Gericht – Grundsätze des nationalen Verfahrensrechts

[23.03.2023, Rs C-180/22, Mensing II \(GA Szpubar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 311 ff – Sonderregelungen für **Kunstgegenstände** – Differenzbesteuerung – Steuerpflichtige Wiederverkäufer – Lieferung von Kunstgegenständen durch ihren Urheber oder dessen Rechtsnachfolger – Innergemeinschaftliche Umsätze – **Steuerbemessungsgrundlage** – Auf einen innergemeinschaftlichen Erwerb entrichtete Steuer

[23.03.2023, Rs C-209/22, Rayonna prokuratura Lovech, TO Lukovit \(Fouille corporelle\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren – Richtlinie 2012/13/EU – Recht auf **Zugang zu einem Rechtsbeistand** in Strafverfahren – Richtlinie 2013/48/EU – Ermittlungsverfahren in Strafsachen – Zwangsmaßnahme der Leibesvisitation und der Beschlagnahme – Nationale Regelung, in der die **Rechtsfigur des Verdächtigen nicht vorgesehen** ist – Art 47 und 48 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Wirksame Ausübung der Verteidigungsrechte von Verdächtigen und beschuldigten Personen bei der gerichtlichen Überprüfung von Maßnahmen zur Beweiserhebung

[23.03.2023, Rs C-226/22, Nexive Commerce ua \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Postdienste** in der Europäischen Union – **Finanzierung der Regulierungsbehörde** des Postsektors – Erfordernis der öffentlichen Finanzierung – Verpflichtung der Unternehmen des Sektors, zu den Betriebskosten der Regulierungsbehörde des Postsektors beizutragen – Finanzierung, die ausschließlich den Postdiensteanbietern, ohne Unterscheidung zwischen Anbietern von Universaldienstleistungen und Anbietern von Kurierdiensten, auferlegt wird

[23.03.2023, verb Rs C-271/22 bis C-275/22, Keolis Agen \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik – Arbeitszeitgestaltung** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 31 Abs 2 – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Möglichkeit der Geltendmachung in einem Rechtsstreit zwischen Privatpersonen – **Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub** – Übertragung bezahlten Jahresurlaubs aufgrund langfristiger Krankschreibung – Nationale Rechtsprechung, die die Übertragung von Urlaub ohne zeitliche Begrenzung zulässt

[23.03.2023, Rs C-715/20, X \(Absence de motifs de résiliation\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über **befristete Arbeitsverträge** – Paragraph 4 – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** – Unterschiedliche Behandlung im Fall einer Kündigung – Kündigung eines befristeten Arbeitsverhältnisses – Fehlen von Gründen in der Kündigungserklärung

[30.03.2023, Rs C-27/22, Volkswagen Group Italia und Volkswagen Aktiengesellschaft \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grundrechte – **Grundsatz ne bis in idem** – Wegen **unlauterer Geschäftspraktiken** verhängte Sanktionen – **Rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung** in einem Mitgliedstaat – In einem anderen Mitgliedstaat wegen derselben Handlungen gegen dieselbe Person verhängte Verwaltungsgeldbuße strafrechtlicher Natur – Anwendung des Grundsatzes ne bis in idem im Fall der Kumulierung grenzüberschreitender Sanktionsverfahren – Einschränkung des Grundsatzes ne bis in idem – **Koordinierung der Kumulierung von Sanktionsverfahren**

[23.03.2023, Rs C-106/22, Xella Magyarorszáq \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuständigkeit – **Niederlassungsfreiheit** – **Freier Kapitalverkehr** – Verordnung (EU) Nr 2019/452 – **Überprüfung von Investitionen** – Bescheid, mit dem der Erwerb einer EU-Gesellschaft durch eine andere EU-Gesellschaft wegen der ausländischen Eigentumsstruktur der zuletzt genannten Gesellschaft und der strategischen Stellung der Zielgesellschaft vorläufig untersagt wird

[23.03.2023, Rs C-134/22, G GmbH \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Massenentlassungen** – Richtlinie 98/59/EG – Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter – **Rolle der zuständigen Behörde** – **Pflicht des Arbeitgebers**, dieser Behörde eine Abschrift von Bestandteilen der schriftlichen Mitteilung an die Arbeitnehmervertreter zu übermitteln – Massenentlassungen – Zweck dieser Pflicht – Folgen der Missachtung dieser Pflicht

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

28.03.2023, Beschwerde Nr [6091/16](#), *Saure/Deutschland*

Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsfreiheit); Weigerung der inländischen Gerichte, das Justizministerium des Landes Brandenburg anzuweisen, dem Bf (Journalist) bestimmte **Informationen über Richter** und einen StA zu erteilen; Offenlegung zusätzlicher Informationen über die gegen die Richter und den StA vorliegenden belastenden Erkenntnisse hätte erfolgen müssen; keine Verletzung von Art 10 durch die Weigerung, die Namen und Dienstorte der Richter und des StA offenzulegen

28.03.2023, Beschwerde Nr [10644/17](#), *Hamdani/Schweiz*

Keine Verletzung von Art 6 Abs 1 und 3c EMRK (Rechts auf ein faires Verfahren, Recht auf Rechtsbeistand); **Ablehnung** des Antrags auf **Prozesskostenhilfe**; Weigerung der nationalen Behörden, den Anwalt der Wahl des Bf zu seinem unentgeltlichen Pflichtverteidiger zu ernennen, hatte keinen wirklichen Einfluss auf die Gesamtfairness seines Strafprozesses

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.